



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller und Fraktion (SPD)**

Nachtragshaushaltsplan 2025;

hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen

(75 Stellen BesGr. A 13)

(Kap. 05 15 - 05 17 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In den Kap. 05 15 – 05 17 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen, Staatliche Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien und Staatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen) werden die Ansätze im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) um insgesamt 1.945,0 Tsd. Euro angehoben und entsprechend dem Bedarf auf die verschiedenen Schularten verteilt. Die Mittel dienen zur Schaffung von insgesamt 75 Stellen in BesGr. A 13 zum 01.09.2025.

Das Nachtragshaushaltsgesetz wird entsprechend geändert.

Begründung:

Die beruflichen Schulen in Bayern bilden die Fachkräfte von morgen aus. Das deutsche System der dualen Ausbildung, die im Betrieb und in der Berufsschule stattfindet, gilt international als vorbildlich. Dennoch erhalten die beruflichen Schulen nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Die jungen Menschen, die an den Berufsschulen, Berufsfachschulen und den beruflichen Oberschulen ihre Ausbildung absolvieren, stehen zu Unrecht selten im Mittelpunkt öffentlicher Debatten.

Die Situation an den beruflichen Schulen ist dramatisch: Sechs bis acht Prozent des Unterrichts können in den Stundentafeln nicht angeboten werden. Hinzu kommen Unterrichtsausfälle wegen Krankheit, Elternschaft oder Fortbildung der Lehrkräfte. Auch stellt die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft viele Berufsschulen vor große Herausforderungen. Die Berufsschulen benötigen daher eine integrierte Lehrerreserve, die den Unterricht sicherstellt. Deshalb sollen im Nachtragshaushaltsplan 75 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte an beruflichen Schulen geschaffen werden.